

Von wegen Stille Nacht

Das bekannte Weihnachtslied regt Salzburger bis heute auf. Seite 15

Foto: fotolia/LiliGraphie

Von wegen Naturschutz

US-Präsident löst mit seiner Umweltpolitik Proteste aus. Seite 20

Von wegen Waldemar

Eigen, eitel, expressiv: Heinz Florian Oertel wird 90. Seite 3

Foto: dpa/Bernd Von Jutrczenka

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 11. Dezember 2017

72. Jahrgang/Nr. 288

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Intifada auf halber Kraft

Roland Etzel zu den Protesten der Palästinenser

Palästina brodeln, aber es kocht nicht. Der Trump'sche Jerusalem-Querschuss hat zwar die bereits seit längerem gelähmte Nahostdiplomatie endgültig zur Strecke gebracht und Zehntausende Palästinenser protestierend auf die Straße getrieben. Zum großen Volksaufstand, der Intifada, zu der radikale Palästinenserführer aufrufen, ist es bislang aber nicht gekommen. Was auch sollten Jugendliche mit Steinen gegen eine High-Tech-Armee ausrichten?

Offensichtlich scheint auch Israels Premier Netanjahu noch nicht recht schlüssig, wie er mit dem Danaergeschenk aus Washington umgehen soll. Jedenfalls überlässt er das nationalistische Triumphgeheul den Ultras in seinem Kabinett und scheint bestrebt, den Konflikt nicht noch durch überhartes Vorgehen seiner Sicherheitskräfte zuzuspitzen.

Auch die palästinensischen Politiker müssen sich wohl erst klar werden, welche Strategie sie fahren wollen. Gerade jetzt dürfte ihnen schmerzhaft ins Gedächtnis gerufen worden sein, dass das öffentlich beschworene Streben nach einheitlicher Führung noch im Anfangsstadium steckt. Kommen sie damit jetzt nicht schnell voran, wird es auch keinen effektiven politischen Widerstand zur Wahrung ihrer nationalen Rechte geben. Von ihren regierenden arabischen »Brüdern« – das bestätigte sich am Wochenende in Kairo – haben sie wenig bis nichts zu erwarten. Die Wortführer der Arabischen Liga, Saudi-Arabien und Ägypten, sind stille Verbündete Israels und vor allem nahezu total abhängig von den USA.

UNTEN LINKS

Wem das Wasser bis zum Hals steht, der sollte den Stöpsel ziehen. Leider ist das leichter gesagt als getan – zumal, wenn es sich bei der betreffenden Flüssigkeit nicht um Badewasser, sondern um das Grundwasser handelt. Selbst wer es nicht wusste, wird es vermutlich bereits gespürt haben: In einigen Gebieten Berlins, vor allem im Stadtbezirk Mitte, ist der Grundwasserpegel seit 1989 (!) um einen ganzen Meter gestiegen. Das Fiese am steigenden Grundwasser ist, dass es zuerst jenen gefährlich wird, die ganz unten angesiedelt sind, im konkreten Fall also nicht etwa dem Kanzleramt, sondern: einer Grundschule. Seit über einem Jahr sind die Kellerräume des Gebäudes wegen Schimmelbefalls geschlossen, seit einiger Zeit auch große Teile des Erdgeschosses. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das erste, dann das zweite Stockwerk fällig ist. Um das zu vermeiden, soll nun eine Bodenwanne in den Keller eingezogen werden. Vom Ziehen des Stöpsels ist dann jedoch dringend abzuraten. mha

Jerusalem bleibt Unruheherd

Zahlreiche Proteste gegen US-Politik / Abbas: Konfrontation aufrechterhalten



Demonstrantin in Gaza mit dem Modell des Felsendoms, dem ältesten Sakralbau des arabisch-muslimischen Teils von Jerusalem Foto: dpa/Wissam Nassar

Kairo. Die Wut in den israelisch besetzten palästinensischen Gebieten auf US-Präsident Donald Trump wegen dessen Erklärung, ganz Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen, ist nach wie vor groß. Besonders junge Leute gingen auf die Straße, verbrannten US-Flaggen und Trump-Porträts. Sie folgten damit einem Aufruf von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Die Palästinenser sollten die »Konfrontation aufrechterhalten und auf alle Punkte ausweiten, an denen die israelische Armee präsent ist.«

Diese teilte laut AFP am Samstag mit, es habe an rund 20 Orten im Westjordanland und

auch im Gazastreifen »gewaltsame Ausschreitungen« gegeben. Dem palästinensischen Roten Halbmond zufolge wurden im Westjordanland 171 und im Gazastreifen 60 Personen verletzt. 13 Demonstranten seien festgenommen worden.

Radikale Palästinenserführer hatten vom Gaza-Streifen aus Raketen in Richtung Israel abgefeuert. Die israelische Luftwaffe antwortete mit Bomberangriffen, wobei zwei Palästinenser starben. Damit erhöhte sich die Zahl der seit Freitag getöteten Palästinenser auf vier. Radikale Organisationen wie Hamas und Islamische Dschihad riefen erneut zur Intifa-

da, einem allgemeinen Aufstand, auf. Auch in den arabischen Metropolen, so in Beirut, Rabat und Kairo, dazu in Pakistan und der Türkei protestierten am Wochenende Hunderttausende gegen die Palästina-Politik der USA und Israels. Proteste gab es ebenso nahe dem Brandenburger Tor in Berlin. Nachdem zwei Flaggen Israels verbrannt wurden, nahm die Polizei zehn Personen fest.

Die USA verteidigten ungeachtet dessen ihre Entscheidung. Ihre Botschafterin bei den UN, Nikki Haley, erklärte auf CNN triumphierend, mittlerweile sei Sonntag, »und der Himmel ist nicht eingestürzt«. roe Seite 8

Schwarze Visionen

CDU-Politiker Spahn fordert starken Staat – und denkt über Minderheitsregierung nach

Die Positionen von SPD und CDU/CSU liegen weit auseinander. Das wurde vor dem geplanten Treffen der Parteien Mitte der Woche deutlich.

Berlin. Mehrere Unionspolitiker haben am Wochenende dargelegt, mit welchen Forderungen sie in die Gespräche mit der SPD über eine mögliche Neuaufgabe einer Großen Koalition gehen wollen. Als verbindendes Projekt für eine neue Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten schlug CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn den »starken Staat« vor. Er meint damit nicht einen starken Sozialstaat. Vielmehr erklärte er: »Recht, Ordnung und Sicherheit müssen wieder garantiert werden.« Eine Koalition könne nur gelingen, »wenn wir uns der Unzufriedenheit bei den Themen Innere Sicherheit, Migration und Integration stellen«, so Spahn. Nötig seien etwa der Schutz der EU-Außengrenzen, schnellere

Asylverfahren, konsequente Abschiebungen und »auch das Signal, dass es für subsidiär Geschützte keinen Nachzug der Familien nach Deutschland gibt.« Unionsfraktionschef Volker Kauder sagte dem »Tagesspiegel«, eine Stärkung von Polizei und Justiz sei wichtiger als die von der Union im Bundestagswahlkampf in Aussicht gestellten Steuererleichterungen. Auch der designierte bayerische Ministerpräsident und CSU-Politiker Markus Söder betonte, es gehe um »Zuwanderung und Familiennachzug«.

Die SPD nannte andere Prioritäten: »Wir wollen Milliardeninvestitionen in die Bildung. Wir wollen Europa reformieren. Wir wollen die Situation im Gesundheits- und Pflegebereich verbessern«, sagte SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil der »Bild am Sonntag«. Der SPD-Parteitag hatte sich zuvor für eine Solidarrente und eine Bürgerversicherung ausgesprochen. Zudem plädierten die

Delegierten dafür, den Familienachzug für bestimmte Flüchtlinge wieder zu erlauben. Das lehnt die Union bislang explizit ab.

Ein Treffen des CDU-Vorstands war für Sonntagabend geplant. Das erste Gespräch mit der SPD ist für Mittwoch vorgesehen.

»Wenn es mit der SPD gar nicht geht, machen wir es eben alleine.«

Jens Spahn, CDU

Für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen mit der SPD brachte der CDU-Politiker Spahn eine unionsgeführte Minderheitsregierung ins Spiel. »Wenn es mit der SPD gar nicht geht, machen wir es eben alleine«, sagte Spahn der »Bild am Sonntag«. Eine Minderheitsregierung sei zwar etwas

»völlig Neues«, müsse aber deshalb nichts Schlechtes sein. »Angela Merkel könnte auch eine Minderheitsregierung erfolgreich führen.« Die Kanzlerin hat sich allerdings gegen eine Minderheitsregierung ausgesprochen. In der SPD wiederum gibt es erhebliche Bedenken gegen eine Große Koalition. Einer Umfrage im Auftrag der Zeitung zufolge erwartet eine Mehrheit der Deutschen (61 Prozent), dass eine neue Groko die SPD schwächen würde. Unter SPD-Anhängern waren es 73 Prozent.

Den Vorschlag von SPD-Chef Martin Schulz, bis 2025 die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen, lehnten Unionspolitiker ab. »Die Vereinigten Staaten von Europa würden die Souveränität der Mitgliedsstaaten auf Brüssel übertragen«, sagte etwa Kanzleramtschef Peter Altmaier der »Rheinischen Post«. »Dafür wird es in vielen EU-Staaten keine Mehrheiten geben.« nd/mit Agenturen

Seiten 4 und 5

Zwei Realos wollen an Grünen-Spitze

Partei steht vor Flügelstreit

Berlin. Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck und die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Annalena Baerbock wollen Vorsitzende der Grünen werden. Dies kündigten beide am Wochenende an. Die Partei wählt Ende Januar eine neue Doppelspitze. Cem Özdemir will sich nach neun Jahren nicht nochmal zur Wahl stellen, Co-Chefin Simone Peter möchte im Amt bleiben.

Die Kandidatur von Habeck und Baerbock, die an den Jamaika-Gesprächen von Union, FDP und Grünen beteiligt waren, könnte Ärger beim linken Parteiflügel auslösen. Den Grünen-Vorsitz teilen sich üblicherweise ein Mann und eine Frau, die beide Parteiflügel vertreten. Habeck und Baerbock werden beide zu den Realos gezählt. »Bisher sind wir gut mit der Quotierung nach Geschlechtern und Flügeln gefahren«, erklärte die Parteilinke Peter. Von der Flügel-Logik will Baerbock ihre Kandidatur nicht abhängig machen. Bei den Grünen dürfe nicht der Eindruck entstehen, »es drehe sich alles um die Männer, und wenn die sich entschieden haben, kommt die Frau an Mr. X' Seite«. nd/Agenturen Seite 6

Jurist kündigt Hilfe für Sozialmieter an

Rechtsverordnung soll Berliner Sozialwohnungen billiger machen

Berlin. Martin Schwab bietet dem Berliner Senat Hilfe ungewöhnlicher Art an. Der Bielefelder Jura-Professor will die Verordnung zur Berechnung der Mieten im alten Sozialen Wohnungsbau so neu formulieren, dass nicht anfallende Kosten auch nicht mehr einbezogen werden können. »Wenn der Senat kein Geld für externe Expertise hat, stelle ich diese kostenlos zur Verfügung«, sagt Schwab dem »nd«. Seit Wochen fordern Mieterinitiativen von der rot-rot-grünen Landesregierung diesen Schritt, weil sich die Koalitionspartner SPD, LINKE und Grüne nicht auf die eigentlich vorgesehene große Reform des Sozialen Wohnungsbaus nicht einigen können. Mit einem Offenen Brief an die zuständige Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (LINKE) verließen die Aktivisten der Forderung Nachdruck. »Mehrere Wochen« würde die Erarbeitung einer neuen Rechtsverordnung dauern, hieß es bisher von der Verwaltung. Dank der juristischen Hilfe von Schwab könnte es schneller gehen. Das bringt die Senatorin in Zugzwang. nic Seite 11

Siemens-Gipfel ohne Bayern

Ilse Aigner sagt Teilnahme an Krisengesprächen ab

München. Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner wird nicht am geplanten Berliner Krisengespräch von Politik und Siemens über die umstrittenen Kürzungspläne des Münchner Elektrokonzerns teilnehmen. Sowohl Aigner als auch ihr Staatssekretär Franz Pschierer (beide CSU) seien am Montag terminlich verhindert, teilte das Ministerium mit. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) hat zu den Gesprächen die Konzernspitze sowie die Wirtschaftsminister der betroffenen Länder geladen. Siemens will weltweit 6900 Stellen abbauen, davon gut die Hälfte in Deutschland. Zwei Standorte in Görlitz und in Leipzig mit zusammen 920 Arbeitsplätzen sollen geschlossen werden.

Als Reaktion darauf bringt die LINKE ein Gesetz zum Verbot von Massenentlassungen in den Bundestag ein. »Selbst Rekordgewinne halten Unternehmen nicht davon ab, ihre Beschäftigten zu entlassen, Standorte zu verlagern oder ganz zu schließen«, so der Text. Am Dienstag soll darüber beraten werden. dpa/nd Kommentar Seite 4

ISSN 0323-3375

